

Kreienbaum, Christoph

Article — Digitized Version

Trendwende in der Klimapolitik?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kreienbaum, Christoph (1995) : Trendwende in der Klimapolitik?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 4, pp. 172-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137226>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mit dem Minimalkonsens, die Verhandlungen über die Verminderung der globalen Treibhausgasemissionen fortzusetzen, endete die erste Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention Anfang des Monats in Berlin. Bis 1997 wollen die Vertragsstaaten nun konkrete Verminderungsziele festlegen. Dieser Beschluß war auch dringend erforderlich, denn die internationale Klimapolitik ist in den letzten Jahren ins Stocken geraten. Die CO₂-Emissionen – nach allgemeiner Auffassung der Hauptverursacher der befürchteten künftigen Klimaänderung – sind trotz der 1992 in Rio verkündeten Absicht der Industrieländer, eine Stabilisierung anzustreben, weiter gestiegen und werden auch in Zukunft zunehmen: zwischen 1990 und dem Jahr 2000 in der OECD um ca. 15% und in der EU um ca. 10%.

Für Deutschland allein sieht die vorläufige Bilanz besser aus: bis 1993 sanken die CO₂-Emissionen verglichen mit 1987 um etwa 15%. Auch die Tatsache, daß diese Reduktion fast ausschließlich auf den Zusammenbruch der Produktion sowie den Wandel der Produktions- und Konsumstruktur in Ostdeutschland, d.h. auf eine „passive“ CO₂-Minderung, zurückzuführen ist, beeinträchtigt dieses Ergebnis noch nicht per se, denn aufgrund welcher Faktoren die CO₂-Emissionen sinken, ist zunächst einmal von nachrangiger Bedeutung.

Deutlich schlechter fällt das Urteil über die deutsche Umweltpolitik aus, nimmt man das in Berlin von Bundeskanzler Kohl verschärfte Ziel, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25% des Niveaus von 1990 zu reduzieren, als Maßlatte. Diese Vorgabe wird aufgrund fehlender Anstrengungen zur CO₂-Einsparung in Westdeutschland aller Voraussicht nach sogar deutlich verfehlt werden. Das im nationalen Alleingang vorgegebene Ziel kann dabei als Richtschnur für die Indu-



Christoph Kreienbaum

Trendwende in der Klimapolitik?

strieländer insgesamt durchaus angemessen sein. Geht man von einer notwendigen Stabilisierung der globalen Treibhausgasemissionen aus und berücksichtigt man den künftig zu erwartenden und aufgrund des wünschenswerten wirtschaftlichen Aufholprozesses auch notwendigen Emissionsanstieg in den Entwicklungsländern, wird deutlich, daß ein Umsteuern in den Industrieländern unumgänglich ist. Der wiederholten Bekräftigung des deutschen Zieles müssen nun endlich Maßnahmen folgen, die eine Trendwende der nationalen Klimapolitik in Richtung „aktive“ CO₂-Minderung ermöglichen: Es geht mittlerweile auch um die Glaubwürdigkeit der deutschen Umweltpolitik.

Das von Teilen der Industrie erfolgte Angebot, „besondere Anstrengungen zu unternehmen“, ihre CO₂- bzw. Energieintensität „um bis zu 20% zu senken“, wenn die Bundesregierung im Gegenzug auf weitere Maßnahmen zum Klimaschutz, insbesondere auf eine Abgabenteilung, verzichtet, würde die erforderliche Trendwende jedoch nicht einleiten. Denn diese Zusage bezieht sich nicht auf das absolute CO₂-Niveau – dies können Branchenvereinbarungen auch nicht leisten; die angestrebte Einsparungs-

rate liegt weit unter der in der Vergangenheit erzielten Rate, und Produktfortschritte, deren CO₂-Einsparungen erst beim Verbraucher wirksam werden, werden hier auf das „Produzentenkonto“ gebucht. Darüber hinaus ist eine derartige Selbstverpflichtung grundsätzlich unverbindlich, und sie setzt keine Anreize für Unternehmen, Innovationen zur Emissionsverminderung über das einmal festgelegte Niveau hinaus durchzuführen.

Eine Abgabenteilung, wie sie vor Jahren von der Europäischen Kommission als CO₂-/Energiesteuer konzipiert wurde, würde zu gesamtwirtschaftlich effizienteren Ergebnissen führen. Einerseits würden festgelegte, im Zeitablauf ansteigende Steuersätze den Unternehmen und Haushalten Planungssicherheit geben und die Belastungen in den Anfangsjahren begrenzen. Andererseits würde der permanente Innovationsdruck – auch im Bereich regenerativer Energieträger – für den dringend erforderlichen umwelt- und kostensparenden technischen Fortschritt sorgen. Der technische Fortschritt in Kombination mit der Substitution besonders umweltschädlicher Energieträger ist die einzige Alternative zum – gesellschaftlich sicherlich nicht angestrebten – Konsumverzicht.

Die Einführung einer solchen Steuer im nationalen Alleingang birgt natürlich auch bei einer aufkommensneutralen Ausgestaltung die Gefahr, daß die Industrie in Teilbereichen Wettbewerbsnachteile erleidet und daß bei einer Abwanderung der betroffenen Unternehmen der CO₂-Senkungseffekt verringert wird. Hier läßt das Ergebnis der Berlin-Konferenz jedoch hoffen, daß die Hauptkonkurrenzländer nachziehen werden. Eine „rechtzeitige“ Steuereinführung kann dabei den unumgänglichen Strukturwandel abfedern und dem „first mover“ Vorteile einbringen.